

# AKTIONSBÜNDNIS Newsletter

gegen Gewalt; Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit

Ausgabe Nr. 4

13. Juni 2007

## NPD: „Kampf um die (Kommunal-) Parlamente“

Immer häufiger besuchen Rechtsextreme öffentliche Veranstaltungen zu gesellschaftlich relevanten bzw. kommunalen Themen, planen eigene Veranstaltungen in den Kommunen oder versuchen durch moderates Auftreten sich stärker im Vereinsleben zu engagieren. Dies erfolgt vornehmlich mit der Absicht, die Meinungsführerschaft in der Diskussion und im kommunalen Alltag übernehmen zu wollen, die aktuellen Themen durch eigene, zumeist umfangreiche Wortbeiträge rechtsextrem zu besetzen und somit den Verlauf der Veranstaltung zu bestimmen und sich damit aktiv an der öffentlichen Meinungsbildung vor Ort zu beteiligen.

Auch die Gründung und Reaktivierung von NPD-Kreisverbänden sind deutliche Zeichen, dass die NPD nach kommunaler Verankerung in Brandenburg strebt. So wird sie sicherlich für die Kommunalwahlen 2008 versuchen, handlungsfähige Strukturen aufzubauen, um aussichtsreiche Kandidaten und Kandidatinnen auf die Liste setzen zu können.

Um dieser fortschreitenden Etablierung der NPD entgegenzuwirken, muss es eine verstärkte inhaltliche Auseinandersetzung

### Inhalt:

- 1 NPD: „Kampf um die Parlamente“
- 2 Zwei neue Mitglieder im Aktionsbündnis
- 3 NORD-Initiativen treffen sich  
Aufruf Nordbahngemeinden
- 4 Die Basis der NPD
- 7 Zehn Thesen zur extremen Rechten in Brandenburg
- 9 Kommunalwahl Sachsen-Anhalt
- 10 Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern 2006
- 10 O-Ton: Wo wir antreten...
- 11 Feuerwehr und Fußball
- 14 Verfassungsschutz Brandenburg
- 15 Oberhavel – ein Rückzugsraum
- 16 Vorsicht Nachbar
- 18 O-Ton Die Kommunalwahlen 2008 im Visier
- 19 Ex-Terrorist schult NPD
- 20 Einmal im Jahr öffentlich „Rechtsextremismus“ im Kreistag
- 20 Ursachen und Gegenstrategien

mit den Zielen und der Strategie der Neonazis geben. Dies haben wir als landesweites Aktionsbündnis begonnen und möchten gern weiterhin dazu anregen.

Die Strategien und die Rolle der NPD in Brandenburg auch in Bezug auf die anstehenden Kommunalwahlen 2008 waren Themen des letzten Plenums am 24. Mai in Hermannswerder.

Drei fundierte Statements von



Christoph Kopke  
vom Moses Mendelsohn Zentrum  
Potsdam



Wolfram Hülsemann ,  
Brandenburgisches Institut für Ge-  
meinwesenberatung - demos



Ariane Fäscher  
von der Initiative „Nordbahngemein-  
den mit Courage“

führten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Plenumveranstaltung in die Problematik ein.

Der Blick auf rechtsextremistische Parteien und deren Entwicklung in Brandenburg verbunden mit den Wahlkampfstrategien und eingesetzten Mitteln der NPD in Berlin, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt war Ausgangspunkt für interessante Diskussionen. Diese veranlassten uns einen eigens thematischen Newsletter zu erstellen, der Informationen und Einschätzungen bündelt und zur weiteren Beschäftigung mit dem Thema anregen soll. Für den aktuellen Artikel von Gideon Botsch und Christoph Kopke bedanken wir uns sehr - vor allem auch für dessen schnelle Bereitstellung von der Redaktion der „Blätter für deutsche und internationale Politik“ [www.blaetter.de](http://www.blaetter.de)

## Zwei neue Mitglieder im Aktionsbündnis:

Das Aktionsbündnisses gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit hat am 24. Mai 2007 in seiner 29. Plenumsitzung zwei neue Mitglieder aufgenommen. Für ihre Aufnahme warben erfolgreich der Vorsitzende des „Werderaner Bündnisses KURAGE für Kulturaustausch, gegen Rassismus und Gewalt“ Uwe Dinjus und der Geschäftsführer der Berlin-Brandenburgischen Auslandsgesellschaft BBAG Kilian Kindelberger.

Nähere Informationen über die neuen Mitglieder: [www.kurage.eu](http://www.kurage.eu) , <http://www.bbagg-ev.de>



U. Dinjus, Werderaner Bündnis KURAGE (l.); K. Kindelberger, Berlin-Brandenburgische Auslandsgesellschaft BBAG (r.)

## NORD-Initiativen treffen sich:

Am 3. Juli kommt es auf Einladung des Aktionsbündnisses gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit zu einem Treffen der „NORD“-Initiativen in Oranienburg. Damit wird die Anregung aus dem letzten Plenum aufgegriffen und der Meinungsaustausch und die Zusammenarbeit der Initiativen gegen Rechtsextremismus vertieft.



**Aufruf** der aktiven Bürgerinitiative gegen Gewalt, Rassismus, Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus:

Wir, die Einwohner von Birkenwerder, Hohen Neuendorf, Mühlenbeck und Glienicke/Nordbahn sind besorgt über die zunehmende Präsenz rechtsextremer Kräfte in unseren Gemeinden. Dass die NPD im November letzten Jahres ihren Landesparteitag in Borgsdorf abhalten konnte, erfüllt uns mit Sorge. Rechtsextreme versuchen auch bei uns Einfluss zu gewinnen.

Diese Gruppen, die Rassismus, Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus befürworten, haben bei uns keinen Platz!

Wir wollen, dass unsere Kinder auch weiterhin ohne Angst und in einem Klima von Offenheit und Toleranz aufwachsen, das durch demokratische Werte getragen wird!

<http://www.mit-courage.de>

Gideon Botsch und Christoph Kopke

## Die Basis der NPD

Mit einem historischen Ergebnis endeten die Kreistagswahlen am 22. April d.J. in Sachsen-Anhalt: Nie zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik beteiligten sich so wenige Bürgerinnen und Bürger an einer Kommunalwahl. Nur 36,5 Prozent der Wahlberechtigten traten den Weg zur Wahlurne an; bei den Stichwahlen am 6. Mai waren es dann sogar nur noch 20,1 Prozent. Vieles spricht dafür, dass es sich hier nicht nur um eine temporäre Politikmüdigkeit handelt, sondern dass sich immer mehr Bürgerinnen und Bürger von der Teilnahme an demokratischer Mitbestimmung dauerhaft verabschieden. Trotzdem ist zu erwarten, dass die Politik auch dieses Mal rasch zur Tagesordnung übergehen wird.

Der „Übergang zur Tagesordnung“ wird möglicherweise auch dadurch erleichtert, dass ein – gerade angesichts der niedrigen Wahlbeteiligung – befürchteter massiver Durchbruch der NPD ausgeblieben ist. Gemessen an den selbst gesteckten Zielen nimmt sich das Wahlergebnis der NPD und anderer Rechtsparteien eher bescheiden aus. Landesweit entfielen nur 2,5 Prozent der Stimmen auf die NPD, der damit allerdings immerhin der Einzug in all jene Kreistage Sachsen-Anhalts gelang, für die sie Kandidaten nominiert hatte. Einzelne weitere Mandate konnten der NPD-Bündnispartner DVU, die Offensive D und die mit der NPD kooperierende Deutsche Partei erringen.

Der Landesgeschäftsführer der NPD, Matthias Heyder, erklärte unmittelbar nach der Wahl, dass die Partei es nicht geschafft hätte, Nichtwähler zur Stimmabgabe zu motivieren. Doch inzwischen wollen die Partei und die mit ihr verbundenen „freien Kräfte“ gerade in der niedrigen Wahlbeteiligung eine Chance für die künftige politische Aufbauarbeit erkennen. Strategische Konsequenzen formuliert etwa eine Wahlanalyse in der NPD-nahen Online-Publikation „Nationaler Beobachter Wernigerode“: „Wir haben uns die letzten Jahre wahrscheinlich viel zu sehr darauf konzentriert, wie wir einen Systemwähler umstimmen können, zukünftig National zu wählen. Das haben wir nur vereinzelt geschafft [...]. Doch jetzt ist ein Punkt erreicht, wo der Anteil der wirklichen Systemparteiwähler [...] verschwindend gering geworden ist [...]. Das sind gerade noch 31,36 Prozent! Alle anderen gingen nicht mehr zur Wahl, wählten NPD oder eine der Bürgerinitiativen [...]. Knapp 70 Prozent der Bürger zeigten diesem System die rote Karte! Hier liegt hauptsächlich unser wirkliches Potential, welches wir für unsere Ziele und Alternativ-Ideen gewinnen müssen!“<sup>1</sup>

Eines kann die Partei sicher als Erfolg werten: „Wo wir kommunal antreten, ziehen wir auch ein.“<sup>2</sup> Sachsen-Anhalt bestätigt damit erneut, was sich selbst in Berlin, dem Sorgenkind der „Nationalen Opposition“, im vergangenen Herbst gezeigt hat: Wo keine Fünf-Prozent-Hürde besteht, gelingt es der NPD zurzeit regelmäßig, einzelne Mandate zu erringen.

Kommunalpolitik besitzt aber nicht nur deswegen für die NPD einen besonderen Stellenwert. Im Gegensatz zu anderen Parteien lebt sie weitgehend von ihrer Verankerung vor Ort. Bürgernahe Auftritte, wie die gelegentlich mit viel Medienecho zelebrierten Aktionen zur „Ortsverschönerung“, können lokale Verankerung zwar begleiten. Entscheidend sind aber zwei andere Faktoren: Erstens die Existenz eines mit der NPD sympathisierenden rechtsextremen Milieus, zu dessen Kern auch oft neonationalsozialistische Kameradschaften zählen, und zweitens eine kommunale Öffentlichkeit, die dieses Milieu stillschweigend hinnimmt.

<sup>1</sup> <http://wernigerode.nationaler-beobachter.de/?nav=1&seite=artikel&artikelid=1042>.

<sup>2</sup> [www.npd.de/index.php?sek=0&pfad\\_id=7&cmsint\\_id=1&detail=796](http://www.npd.de/index.php?sek=0&pfad_id=7&cmsint_id=1&detail=796).

Dass der NPD die Ressourcen fehlen, um den Ausbau ihrer Parteistruktur in der Fläche zentral zu steuern, und sie Untergliederungen in der Regel nur auf der Grundlage lokaler Milieu-Verankerung etablieren kann, lässt sich besonders gut im Land Brandenburg studieren. Hier blieb die Parteitätigkeit bislang auf wenige Regionen beschränkt, zumal der sehr aktive Kreisverband Prignitz-Ruppin 2004 geschlossen austrat. Mit Blick auf die Kreistagswahlen 2008 versucht der Landesverband nun, sich in der Fläche zu etablieren und alle Kommunen und Gebietskörperschaften durch Kreis- oder Regionalgliederungen abzudecken. Dies gelingt vor allem dort, wo man auf ein Anhängerpotential zurückgreifen und bestehende Stützpunkte oder Ortsverbände miteinander vernetzen kann. Dabei sucht die NPD eine enge Zusammenarbeit mit den örtlichen Neonazi-Strukturen, auf deren Mobilisierungskraft sie schwer verzichten kann.

Auch in der NPD-Hochburg Sachsen will man sich noch stärker als „Partei der Regionen“ profilieren. Der Gewinn von 42 Mandaten bei der Kommunalwahl 2004 hatte den ersten NPD-Einzug in einen Landtag nach dreieinhalb Jahrzehnten unmittelbar vorbereitet. Um den mangelnden Zugang zu den Medien auszugleichen und Bürgernähe zu suggerieren, ist der Landesverband bestrebt, in allen Kreisen Regionalzeitungen herauszugeben. Zudem intensiviert die Kommunalpolitische Vereinigung der NPD ihre Schulungstätigkeit für Mandatsträger, Neuparlamentarier und künftige Wahlkandidaten.

Das allgemeine Interesse an Kommunalpolitik ändert nichts am grundsätzlich antiparlamentarischen Charakter der NPD. Nur in sehr wenigen Ausnahmefällen nimmt die Partei ihre Mandate denn auch tatsächlich wahr, um an kommunalpolitischen Entscheidungsprozessen teilzunehmen. Weder will sie mit den „Systemparteien“ zusammenarbeiten, noch bemüht sie sich um konstruktive parlamentarische Oppositionsarbeit. Programmatisch zielt die NPD auf ein autoritäres Präsidialsystem. Parlamente und Parteienpluralismus werden abgelehnt, demokratische Mitwirkung soll sich nach Auffassung der NPD in der Kür eines „volksgewählte[n] Präsidenten und Volksabstimmungen in allen Lebensfragen der Nation“ erschöpfen. Da ein solches „plebiszitäres Präsidialsystem“<sup>3</sup> das Subsidiaritätsprinzip kommunaler Selbstverwaltung offenbar negiert, hat die NPD auch zu den Kreistagen ein rein instrumentelles Verhältnis. Beim „Kampf um die Parlamente“<sup>4</sup> geht es in erster Linie darum, neue Ressourcen für die politische Arbeit der NPD zu erschließen, die Basis für die eigene Propaganda auszuweiten und die demokratischen Kräfte zu behindern. NPD-Parlamentsarbeit, ob auf kommunaler oder auf Landesebene, findet zumeist entweder gar nicht statt, oder sie lässt die Absicht erkennen, die Funktionsfähigkeit der Parlamente zu behindern, wenn nicht zu zerstören.<sup>5</sup>

Kommunalpolitische Kompetenz beweist man durch diese Anti-Politik nicht. Damit gerät die NPD-Kommunalpolitik in ein Dilemma, das zur Erklärung der vergleichsweise bescheidenen Ergebnisse in Sachsen-Anhalt beiträgt. Der Vorsitzende der Kommunalpolitischen Vereinigung der Partei, Stephan Meise, etwa glaubt, dass zwar jeder Funktionsträger der NPD „aus dem Stehgreif fundierte Kurzreferate über die deutsche Geschichte, die Ausländerproblematik und den Irakkrieg halten“ könne, merkt aber selbstkritisch an, dass kommunalpolitisch relevante Themen noch nicht ernst genommen würden.<sup>6</sup>

Die „unpolitischen Bürgermeister“

Dennoch schult die parlamentarische Arbeit die NPD-Mandatsträger, die ja oft sehr jung sind, und könnte so mittelfristig die angespannte Personallage in der Partei etwas ausgleichen. Zudem verschafft die Präsenz im Rathaus oder Kreistag diesen politischen Außensei-

<sup>3</sup> NPD-Parteivorstand, Amt für Öffentlichkeitsarbeit (Hg.), Argumente für Kandidaten & Funktionsträger. Eine Handreichung für die öffentliche Auseinandersetzung, 22006, S. 32.

<sup>4</sup> Vgl. Marc Brandstetter, Die vier Säulen der NPD, in: „Blätter“ 9/2006, S. 1029-1031.

<sup>5</sup> Vgl. Katharina Beier u.a., Die NPD in den kommunalen Parlamenten Mecklenburg-Vorpommerns, Greifswald 2006; Hubertus Buchstein und Benjamin Fischer, NPD-Mandatsträger in Kommunalparlamenten, in: Julius H. Schoeps u.a. (Hg.), Rechtsextremismus in Brandenburg. Handbuch für Analyse, Prävention und Intervention, Berlin 2007 (i.E.).

<sup>6</sup> Zit. nach: [www.npd.de/index.php?sek=0&pfad\\_id=7&cmsint\\_id=1&detail=321](http://www.npd.de/index.php?sek=0&pfad_id=7&cmsint_id=1&detail=321).

tern auch Kontakte zu lokalen und regionalen Eliten. In strukturschwachen Gebieten (insbesondere der neuen Länder) kann dies zu brisanten Entwicklungen führen. Denn in diesen Regionen existiert der – in der Politikwissenschaft bislang nicht groß beachtete – Politikertypus des „unpolitischen Bürgermeisters“. Ein solcher Bürgermeister mag etwa sein Amt eher widerwillig übernommen haben, und nur unter der Bedingung, dass das ewige parteipolitische Gezänk und Gekungel endlich aufhöre. Oft verstehen sich solche Bürgermeister als integrierende Kraft, aber auch als patriarchale Hausväter ihrer Gemeinde. Antidemokratischen Stimmungen wirkt der Bürgermeister in solchen Fällen nicht entgegen, sondern er selbst bündelt, kanalisiert und artikuliert sie. Die klassischen kommunalpolitischen Entscheidungsverfahren werden so tendenziell entwertet, manchmal sogar umgangen. Aber auch neuere partizipative Verfahren – Stichwort Bürgerkommune – kennt dieser Politikertypus in der Regel nicht. Eine Gefahr für die Verankerung der Demokratie im lokalen Raum entsteht insbesondere dort, wo politischer Absentismus, „unpolitische Bürgermeister“ und lokale Mobilisierungserfolge der NPD zusammentreffen. Es ist sogar denkbar, dass es der NPD in naher Zukunft gelingen könnte, einen solchen parteilosen oder von seiner Partei enttäuschten Bürgermeister für sich zu gewinnen und so einen weiteren taktischen Erfolg zu verbuchen.

Angesichts fortgesetzter Stimmenzuwächse kann das vergleichsweise schwache Ergebnis der NPD nicht als Trendwende gewertet werden. Ohnedies haben weder die NPD noch die übrigen Parteien den Kommunalwahlkampf allzu intensiv betrieben. Diese Wahlen standen nicht turnusgemäß an, sondern wurden nötig aufgrund der Kreisgebietsreform. Dabei ist es der NPD nicht gelungen, die Zusammenlegung der Kreise zu größeren Einheiten durch Mobilisierung von Heimatgefühlen und der Angst vor „Identitätsverlust“ zu emotionalisieren. Die Vorbereitungen der NPD auf die sächsischen Kommunalwahlen 2008 lassen dagegen erkennen, dass die dortige Kreisgebietsreform ein zentrales Thema sein wird. Erfolge erhofft man sich vor allem deswegen, weil viele Bürgerinnen und Bürger die Neugliederung des Landes als bürgerferne Verwaltungsmaßnahme von oben erleben. Vor allem in Sachsen, aber auch in Brandenburg kritisiert die NPD die „Leuchtturm“-Politik der Landesregierungen scharf. Die wirtschaftlichen Erfolge der Landeshauptstädte Dresden und Potsdam im Kontrast zur Situation in abgekoppelten „Entleerungsräumen“ wie der Ober- und Niederlausitz sind auch tatsächlich geeignet, die Kluft zwischen der Politik und einem größer werdenden Teil der ländlichen Bevölkerung noch zu vertiefen.

Ob nun die NPD von den genannten Tendenzen profitieren kann oder nicht – die Demokratie ist in jedem Fall der Verlierer.

# Zehn Thesen zur extremen Rechten in Brandenburg

Von Gideon Botsch und Christoph Kopke

1. Die extreme Rechte in Brandenburg geht auf Vorläufer zurück, die z. T. noch in der Spätphase der DDR entstanden sind. Legale rechtsextreme Gruppen existieren seit der Wiedervereinigung, sie erhielten Zulauf im Zuge der nationalistischen und ausländerfeindlichen Mobilisierungswellen seit Beginn der 1990er und haben sich seit 15 bis 20 Jahren teils als Milieu, teils als organisatorisches Netzwerk stabilisiert.<sup>7</sup> Dabei profitieren sie insbesondere von dem verbreiteten Bewusstsein über Defizite der demokratischen und gesellschaftlichen Entwicklung seit dem Beitritt Brandenburgs zur Bundesrepublik, die sich in Teilen der Gesellschaft zu einer manifesten Ablehnung des parlamentarischen Verfassungsstaats entwickeln.

2. In Brandenburg wurde seit 1993 eine harte Repressionslinie gegen offen neonazistische und gewaltbereite Kräfte verfolgt, die den Handlungsspielraum des Milieus erheblich begrenzt. Zivilgesellschaftliche Initiativen haben, insbesondere seit ihrer Bündelung im „Aktionsbündnis gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt“ 1997, das rechtsextreme Milieu weiter verunsichert. Die konsequente Haltung der Landesregierung, die im Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ seit 1998 zum Ausdruck kommt, unterstützt und integriert diese staatlichen und gesellschaftlichen Gegenaktivitäten.

3. Rechtsextreme Einstellungen wachsen im gesamten Land. Interessant ist eine weiter auseinander klaffende Schere zwischen dem Engeren Verflechtungsraum zum Land Berlin und dem Äußeren Entwicklungsraum – ein Trend, der nicht zuletzt durch die politische gewollte und geförderte ungleiche Entwicklung im Land („stärken Stärken – Rückbau gestalten“) befördert wird.<sup>8</sup>

4. Rechtsextreme Straf- und Gewalttaten verbleiben auf einem sehr hohen Niveau. Jüngste rückläufige Entwicklungen können noch nicht als Trendwende gewertet werden. Das rechtsextreme und fremdenfeindliche Potenzial in Brandenburg bringt dabei eine besondere Gewaltbereitschaft zum Ausdruck. Von den bekannt gewordenen Mordtötungen in fremdenfeindlichem/rechtsextremen Kontext seit 1990 ereignete sich bspw. ein Fünftel bis ein Viertel in Brandenburg.<sup>9</sup> Ist die Gewaltneigung unter Jugendlichen generell eher abnehmend, so verfestigt sich eine gewaltbereite Minderheit, wobei rechtsextreme Einstellungsmuster und die Zugehörigkeit zu rechten Cliques offenbar die wichtigsten Rahmenbedingungen bilden.<sup>10</sup>

5. Von der Bereitschaft zur Wahl rechtsextremer Parteien profitierte insbesondere die Deutsche Volksunion (DVU), die als Fraktion im Landtag vertreten ist. Auch ihr Brandenburgischer Landesverband leidet insgesamt unter den bundesweit konstatierten Defiziten und Mängeln dieser „Phantompartei“, zeigt aber gleichwohl Tendenzen zu ihrer Überwindung – bspw. in einer gewissen Parteitätigkeit im Land und insbesondere einer Fraktionsarbeit im Brandenburgischen Landtag. Nur in Brandenburg gelang es der DVU, für eine zweite Legis-

---

<sup>7</sup> Vgl. Christoph Kopke, Entwicklung und Stand der organisierten extremen Rechten in Brandenburg, in: Julius H. Schoeps/Gideon Botsch/Christoph Kopke/Lars Rensmann (Hg.), Rechtsextremismus in Brandenburg. Handbuch für Analyse, Prävention und Intervention, Potsdam 2007 (i. E.)

<sup>8</sup> Vgl. Richard Stöss/Oskar Niedermayer, Rechtsextreme Einstellungen in Brandenburg, in: ebda.

<sup>9</sup> Vgl. Gideon Botsch, Was ist Rechtsextremismus? Definitionen, Problemdimensionen und Organisationen, in: ebda.

<sup>10</sup> Vgl. Dietmar Sturzbecher/Heidrun Großmann, Trends und Einflussfaktoren zu Gewalt und Rechtsextremismus unter Jugendlichen in Brandenburg, in: ebda.

laturperiode in einen Landtag einzuziehen, wobei sie ihre Stimmenanteile sogar ausbauen konnte.

6. Im Vergleich der neuen Bundesländer ist die NPD eher schwach organisiert. Gleichwohl hat sie ihre zeitweilige Schwächung nach dem Austritt eines geschlossenen Kreisverbandes 2004 offenbar überwunden. Es ist ihr gelungen, im Lauf des letzten Jahres ihre regionalen Untergliederungen und Parteistrukturen erheblich auszubauen – mit dem Ziel, bis 2008 (Kommunalwahl) oder spätestens 2009 (Landtagswahl) im gesamten Land vertreten zu sein. Auf der Grundlage ihrer neuen Strategie (Deutschland-Pakt, Volksfront von rechts) ist die NPD daher ungeachtet der schlechten Ausgangsbedingungen auch in Brandenburg zu einem „Gravitationsfeld“ im Rechtsextremismus (Bundesamt für Verfassungsschutz) geworden. Sie wirkt derzeit – um ein anderes Bild zu wählen – wie ein Flaggschiff: Die Mehrheit der rechtsextremen Kräfte sammelt sich in ihrem Fahrwasser, schwimmt in ihrem Windschatten mit, was nur gelingt, solange diese Kräfte bereit sind, der von der NPD vorgegebene Fahrtrichtung zu folgen. Die NPD muss ihrerseits Rücksicht auf alle Kräfte nehmen, die sich hinter ihrer Flagge formieren. So gelingt ihr offensichtlich zunehmend die Integration des organisierten und milieu-förmigen Rechtsextremismus.

7. Eine Voraussetzung dafür ist das institutionalisierte Bündnis mit den neonationalsozialistischen „Kameradschaften“. Diese sind in Brandenburg nach einer Reihe von Verboten eher schwach organisiert, aber – mit regionalen Schwerpunkten bspw. in der Lausitz, dem Westhavelland, Barnim-Uckermark usw. – durchaus präsent. Eine neuere Entwicklung lässt darauf schließen, dass sich bedeutende Teile momentan der NPD zuwenden, mit ihr kooperieren oder sie unterstützen. Insofern die NPD dieses Spektrum zunehmend hinter sich bringt, zeigt sich auch die Grenze staatlicher Verbotspolitik – zumindest, solange ein Verbot der NPD politisch nicht gewollt ist.

8. Neben den in Brandenburg aktiven Landesverbänden von DVU und NPD und lokalen/regionalen Kameradschaften existiert ein verfestigtes rechtsextremes Milieu, das sich nicht an Parteien bindet, aber über Jugend- und Musikszenen und deren subkulturelle und ökonomische Infrastruktur an den Rechtsextremismus angeschlossen bleibt, partiell auch für politische Aktionen oder Wahlen mobilisierbar ist.

9. Schließlich wirken im Land einige Organisationen von überregionaler Bedeutung – wie der Freundeskreis Halbe, die Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige (HNG) oder das Deutsche Rechtsbüro in Birkenwerda. Besonderes Augenmerk sollte der Heimattreuen Deutschen Jugend“ und ihrer regionalen „Einheit Preußen“ gewidmet werden, die funktional immer stärker an die Stelle der seit 1994 verbotenen Wiking Jugend tritt. In Brandenburg organisiert sie mit anderen Organisationen zusammen jährlich den „Märkischen Heimattag“.

10. Diese und andere Tendenzen – wie etwa die räumlich verdichtete Ansiedlung rechtsextremer Aktivisten aus Berlin in Gemeinden des engeren Verflechtungsraums – legen die These nahe, dass dem inneren Kerngebiet Brandenburgs für die extreme Rechte zunehmend die Funktion eines „Aufmarsch- und Rückzugsraums“ mit Blick auf die Bundeshauptstadt zukommt, während in den Entleerungsräumen der strukturschwachen Randlagen rechtsextreme Kameradschaftsnetze ohne Rücksicht auf die Landesgrenzen und relativ unbeachtet von der Öffentlichkeit agieren können.

Dr. phil. Gideon Botsch ist Politikwissenschaftler und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Moses-Mendelssohn-Zentrum für europäisch-jüdische Studien, Universität Potsdam.

Christoph Kopke ist Politikwissenschaftler und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Moses-Mendelssohn-Zentrum für europäisch-jüdische Studien, Universität Potsdam.

## Kommunalwahl Sachsen-Anhalt: NPD-Durchbruch blieb aus

Montag, 23 April 2007

Der von der NPD erhoffte und prognostizierte Erfolg der rechtsextremistischen Partei bei den Kommunalwahlen in Sachsen-Anhalt am 22. April ist ausgeblieben. In keinem der Landkreise, die wegen der Kreisgebietsreform neue Kreistage und Landräte wählten, konnte die NPD bei den Kreistagswahlen mehr als 5% der abgegebenen Stimmen erreichen. Ihren Spitzenwert erreichte die Partei im Kreis Burgenland mit 4,7%, hier erzielte auch ihr Landratskandidat Andreas Karl mit 5,1% den Spitzenwert der drei angetretenen NPD-Landratskandidaten.

Die NPD war in sieben der neun neu geschaffenen Landkreise angetreten. Die Wahlergebnisse lagen zwischen 2,3% (Jerichower Land) und 4,7% (Burgenland). Insgesamt erhielt die NPD 40.505 Stimmen. Berücksichtigt man, dass man bei der Kommunalwahl bis zu drei Stimmen abgeben konnte, liegt die NPD-Wählerschaft bei etwa 13.500 Wählerinnen und Wählern. Auch die NPD konnte damit nicht von der geringen Wahlbeteiligung von 36,5% profitieren. Offensichtlich konnte die NPD - trotz vollmundiger Ankündigung auf ihrer Internetseite - keine neuen Wählerinnen und Wähler ansprechen. Die rechtsextremistische DVU war nur in der neu gebildeten Stadt Dessau-Roßlau angetreten und hatte dort 2,0 Prozent der Stimmen erhalten.

Die bei der Landtagswahl 2006 angetretene rechtsextremistische DVU hatte damals immerhin 26.905 Stimmen (3,0 Prozent) und damit fast doppelt so viele Wählerstimmen erhalten wie jetzt die NPD und DVU zusammen. Erschreckend ist aller-

dings, dass die NPD in einzelnen Gemeinden bei der jetzigen Kommunalwahl über 15% der Stimmen erhielt.

Da es in Sachsen-Anhalt keine Fünf-Prozent-Hürde bei Kommunalwahlen gibt, ist die NPD jetzt mit insgesamt 13 Abgeordneten in den neuen Kreistagen vertreten, die meisten davon stellt die Partei mit drei Abgeordneten im Burgenland-Kreis. Hinzu kommen ein Abgeordneter der DVU in Dessau-Roßlau und je ein Abgeordneter der Offensive D und der DP im Landkreis Wittenberg.

### Die NPD-Ergebnisse im Einzelnen:

#### Kreistage:

Anhalt-Bitterfeld: 5.303 Stimmen (3,2 Prozent - 2 Sitze von 54)

Burgenland: 9.008 Stimmen (4,7 Prozent - 3 Sitze von 60)

Harz: 8.525 Stimmen (3,6 Prozent - 2 Sitze von 60)

Jerichower Land: 2.124 Stimmen (2,3 Prozent - 1 Sitz von 48)

Mansfeld-Südharz: 5.996 Stimmen (4,2 Prozent - 2 Sitze von 54)

Saalekreis: 3.957 Stimmen (2,4 Prozent - 1 Sitz von 60)

Salzland: 5.592 Stimmen (2,9 Prozent - 2 Sitze von 60)

#### Landräte:

Burgenland: Andreas Karl: 3.326 Stimmen (5,1 Prozent)

Harz: Michael Schäfer: 2.859 Stimmen (3,5 Prozent)

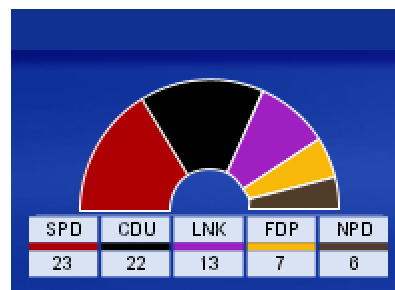
Salzland: Manfred Horst: 2.187 Stimmen (3,3 Prozent)

Quelle: <http://www.endstation-rechts.de>

## Landtagswahl Mecklenburg Vorpommern 2006

Betroffene Gesichter vor dem Landtag in Schwerin bei dem Blick auf die Hochrechnungen der Wahlergebnisse.

<b>SPD:</b>	<b>30,2%</b>
<b>CDU:</b>	<b>28,8%</b>
<b>LINKE:</b>	<b>16,8%</b>
<b>FDP:</b>	<b>9,6%</b>
<b>NPD:</b>	<b>7,3%</b>
<b>GRÜNE:</b>	<b>3,4%</b>
<b>SONSTIGE:</b>	<b>3,9%</b>



Die demokratischen Parteien, Organisationen und Projekte konnten es nicht verhindern: Die NPD zieht mit 6 Sitzen in den Schweriner Landtag.

O-Ton NPD: (ausnahmsweise wegen der Anschaulichkeit dokumentiert):

### Wo wir antreten, ziehen wir ein

Eine Bilanz der Kreistagswahlen in Sachsen-Anhalt

Die NPD hat mit ihrem Antritt und ihren Erfolgen bei der Kreistagswahl in Sachsen-Anhalt die Kaste der etablierten Politiker ordentlich in Unruhe versetzt. Wenige Tage vor der Wahl reiste der Bundestagsinnenausschuß-Vorsitzende Sebastian Edathy (SPD) wie ein aufgeschrecktes Huhn durch das Land und warb mit seinen Warnungen eher noch für die NPD.

Der Erfolg kann sich sehen lassen: Von 2 auf 13 Kreisträte oder von einem auf sieben Kreistage.

Die eigentlichen Voraussetzungen wurden aber weit im Vorfeld geschaffen. In einer beispiellosen Kraftanstrengung wurden unter Mithilfe der Kommunalpolitischen Vereinigung der NPD vor und kurz nach Weihnachten die Aufstellungsversammlungen abgehalten, die entsprechenden Formulare den Bürokraten in ihren Amtsstuben abgetrotzt und schließlich mit dem Sammeln der Unterschriften begonnen.

Innerhalb kurzer Zeit wurden 5.300 Unterschriften – die gleichmäßig über das Land verteilt sein mußten – gesammelt. Aus diesen wurden dann nach behördlichen Schikanen die benötigten 4.100 gültigen Unterschriften extrahiert.

Damit war klar, daß die NPD in sieben Wahlkreisen (in 49 Wahlbereichen) antreten würde und konnte so zumindest das Stammwählerpotential ausschöpfen kann. Darüber hinaus wurden noch zwei Wahlkreise an die Deutsche Partei bzw. die Deutsche Volksunion „abgegeben“, d.h. wir haben dort nicht gegen diese Parteien kandidiert, was sicher mit dazu führte, daß die DP bzw. die DVU einen Sitz erhielten.

Der Wahlkampf tat dann ein übriges. Außer den Stammwählern wurden noch etwa noch einmal so viele Wähler überzeugt der NPD ihre Stimme zu geben, so daß fünf Fraktionen und zwei Einzelkämpfer als Ergebnis verbucht werden können.

Allerdings zeigte sich auch, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen.

Lediglich im Burgenland, wo wir zuvor schon mit einer Fraktion vertreten waren, gelang es drei Kreisräte zu entsenden. Im Harz, in Mansfeld-Südharz, im Salzland und in Anhalt-Bittfeld reichte es nur zur Fraktionsmindeststärke von zwei Personen.

Mit dem Einzug in die Kommunalparlamente beginnt aber erst die Arbeit der KPV!  
Die Kommunalpolitische Vereinigung der NPD wird sich in der auf sieben Jahre verlängerten Wahlperiode um die Kameraden verstärkt kümmern. Es darf nicht mehr so sein, wie es bisweilen war, daß sich Kameraden nach dem Wahltag allein gelassen fühlen oder sahen. Es wird Schulungen geben und der Zusammenhalt zwischen den Kreisräten und ihren Kreisverbänden zum einen und zwischen den Kommunalpolitikern der NPD zum anderen wird herzustellen und vor allem auch aufrechtzuerhalten sein.

Es war eine kollektive Leistung der Kreisverbände und der KPV-Mitglieder aus anderen Bundesländern, den Einzug zu bewerkstelligen. Es wird nun dieser Gemeinschaftsgeist weiter ausgebaut werden müssen. Jeder Kreisrat muß sich bewußt sein, daß er erntet, was viele für ihn gesät haben.

Nun gilt es, im jeweiligen Kreis die Bekanntheit der NPD beim Bürger auszubauen, den Aufbau fortzusetzen und die eigenen Strukturen zu konsolidieren.

Die Kameraden werden die Hilfe der KPV aus anderen Bundesländern vergelten und bei den nächsten Kommunalwahlen auch dort mithelfen.

In Sachsen-Anhalt selbst müssen die Strukturen in den beiden nördlichen Kreisen entwickelt werden und das Hauptaugenmerk gilt nun der Landeshauptstadt Magdeburg. In zwei Jahren wird hier erneut gewählt, dann müssen wir in alle Kreisstädte einziehen und vor allem muß es eine Fraktion im Stadtrat von Magdeburg geben.

Der Erfolg von Sachsen Anhalt hat gezeigt, daß wir eine ausreichend breite und zuverlässige Wählerschaft für einen Einzug haben. Jeder Kamerad sollte wissen:

Wo wir kommunal antreten, ziehen wir auch ein. Es gilt, diesen Weg von Wahl zu Wahl deutschlandweit fortzusetzen. Diese Erkenntnis manifestiert sich in den Leitworten der KPV: **BUNDESWEIT PRÄSENT!**

Hartmut Krien, stellv. KPV-Bundesvorsitzender

Stand: 28.04.2007

Brandenburg

## **Feuerwehr und Fußball**

Von Olaf Sundermeyer, Berlin

*12. Februar 2007*

In der Parteizentrale, wo der Linoleumboden streng nach Behörde riecht, herrscht eine konspirative Stimmung. Hinter der Haustür steht der Besucher erst einmal in einer kahlen Schleuse und wird von einem ziemlich großen Parteiaktivisten mit einem ziemlich militärischen Haarschnitt durch

ein sehr kleines Fenster beäugt. Erst nach der Gesichtskontrolle brummt der Türsummer. Reporter sind - so hat es den Anschein - willkommen, weil sie die Partei auf ihrem Weg in die Mitte der Gesellschaft ein Stückchen mitnehmen sollen. Draußen hängt die schwarz-weiß-rote Parteifahne schlapp am Aluminiummast.

„Sieben bis neun Prozent hätten wir, wenn am kommenden Sonntag Landtagswahlen wären“, sagt Klaus Beier hinter gesicherten Türen im Schulungsraum. Er ist Bundespressesprecher der NPD, die sich in Berlin-Köpenick hinter Gittern und Stacheldraht verschanzt hat. In Brandenburg ist er Parteivorsitzender. Sieben bis neun Prozent? Vorerst fehlen der NPD in Brandenburg die Leute dafür.

### **„Über kurz oder lang Erfolge“**

In der Mark gibt es keinen Tino Müller, der es in Mecklenburg-Vorpommern vom Stettiner Haff ins Schweriner Schloss geschafft hat. Auch keinen Uwe Leichsenring, der in Sachsen einen humorvollen volksnahen Politiker gab, bevor er bei einem Autounfall ums Leben kam. Bei der Bundestagswahl im September 2005 kam sie in Brandenburg auf 3,2 Prozent, immerhin doppelt so viel wie der Bundesdurchschnitt. Aber im Landtag sitzt sie nicht - dafür aber die DVU.

„Da, wo wir Gesicht zeigen können, stellen sich über kurz oder lang Erfolge ein“, sagt Beier. „Wir wollen diejenigen erreichen, die noch etwas zu verlieren haben. Denn bei denen ist die Bereitschaft, NPD zu wählen, größer als bei denen, die der Unterschicht - in Führungsstrichen - schon angehören.“ Er will mit aller Kraft in die Mitte, aber seine Partei klebt am Rand. Da hilft auch der nächste Funktionärssatz nichts: „Die NPD ist eine demokratische Partei, wie der Name schon sagt.“

### **Der lange Marsch in die Mitte der Gesellschaft**

Vor drei Jahren ist Beier nach Brandenburg gezogen, in das Dorf Reichenwalde bei der Kleinstadt Storkow in den Landkreis Oder-Spree. Im Kreistag in Beeskow sitzt er inzwischen mit einem anderen „Kameraden“. Ausgerechnet in der schönen Kreisstadt Beeskow am glatten Wasser der Spree, wo es einen Kulturdezernenten gibt, der die liebliche Landschaft bestimmt so liebt wie sein Bruder, der Schriftsteller Günter de Bruyn, der für die Menschen zwischen Oder und Spree eine Art Heimerlebnis ist. Hier also ist die Brandenburger NDP am stärksten. Aber

wer fragt, was die Abgeordneten der NPD im Kreistag so treiben, kriegt ein knappe Antwort: „Sitzungsgelder abkassieren.“ Abwasserfragen? Kindergartenfinanzierung? Die NPD hat andere Interessen.

„Wir werden in Beeskow Bürgersprechstunden für Hartz-IV-Empfänger anbieten; dafür werden ja auch Räume vom Kreistag angeboten. Das ist unser kommender Arbeitsschwerpunkt“, sagt Beier. Und über den Großkopierer in der Köpenicker Zentrale sind bereits die Hartz-IV-Protestfaltblätter zu Tausenden gelaufen, die man vor den Arbeitsagenturen und den Sozialämtern verteilen will. Selbst ein Sorgentelefon für junge Leute soll her und kostenlose Hausaufgabenhilfe. Themen außer Hartz IV: Liebeskummer, Alkohol und die binomischen Formeln. Die NPD hat Großes vor: „Vom Menschenschlag her sind in Brandenburg schließlich die gleichen Wahlergebnisse möglich wie in Mecklenburg-Vorpommern oder in Sachsen.“ In zwei Jahren finden Kommunalwahlen statt, dann die Landtagswahlen. Bis dahin soll der lange Marsch in die Mitte der Gesellschaft gelungen sein.

### **Polizei spielt mit der Partei Hase und Igel**

„In Brandenburg haben wir ein Dutzend Menschen an der Hand, die wir aufbauen können“, sagt Beier. In der rechten Szene kursieren Namen, die sonst (noch) kaum jemand kennt: Thomas Salomon in Oranienburg etwa, der dort dem zweiten starken Kreisverband Oberhavel eine Stimme gibt; Frank Odoi, der gleich einem ehrenamtlichen Sozialarbeiter die herumlunggernden Halbwüchsigen vor dem Bahnhof von Fürstenwalde anspricht; oder Manuela Kokott, die in Storkow unter ihrer Privatadresse schon mal ein privates Kinderfest mit Hüpfburg und musikalischer Begleitung durch den nationalen Liedermacher Thomas Eichberg organisiert - „ein Tag unter Deutschen, die ein Herz für ihr Volk und Land haben“, heißt es dann in NPD-Zentralorganen.

Es sind solche kleinen Erfolge, die im Parteiorgan „Deutsche Stimme“, im „Zündstoff“ für Berlin und Brandenburg oder in der „Oderlandstimme“ wie große Triumphe gefeiert werden: Wenn sich etwa bei ei-

nem öffentlichen Fahrradcorso schwarze NPD-Hemden am schönen Scharmützelsee zwischen Deutschlands berühmtesten Radfan, das Tour-de-France-Original Didier Senft im Teufelskostüm, und den Show-Moderator von Antenne Brandenburg drängeln. Oder wenn „Sportsfreunde 06 Rathenow“, die NPD-Oderland, „KdF Nauen“ und das „Sportvolk“ ein Turnier der national Gesinnten in der städtischen Havellandhalle austragen dürfen. Beim Verfassungsschutz wird das sorgsam registriert. Die Beamten sind dazu übergegangen, mit der Partei Hase und Igel zu spielen: Sie gehen in die Fußballvereine und zur Freiwilligen Feuerwehr, um schneller zu sein als die Rechtsradikalen. Doch wer ist Hase, wer ist Igel?

**„Wir sind rechtsradikal, das weißt du ganz genau!“**

In Rheinsberg erzählt ein Jugendlicher von einem Hausbesuch der NPD: „Die standen plötzlich zu zweit vor der Tür und haben meine Mutter gefragt, ob sie mal mit mir sprechen können. Ich war nicht da.“ Beier gibt solche Hausbesuche zu; sie seien schließlich ein probates Mittel, zu dem in Wahlkampfzeiten auch die großen Parteien greifen. „Als geselliger Mensch lerne ich jemanden beim Bier auf einem Feuerwehrfest kennen - und am nächsten Tag fahre ich dann bei ihm vorbei, um zu hören, ob seine nationale Gesinnung die Bierlaune überdauert hat.“

Der Landesvorsitzende nennt es die „Graswurzelstrategie“. „In den kleinen Gemeinden gibt es ja nichts anderes als Feuerwehr oder Fußball“, sagt Beier. Und in Brandenburg gibt es eigentlich nur kleine Gemeinden. Beiers Fußvolk steht hinten rechts auf der überdachten Tribüne des Werner-Seelenbinder-Sportplatzes in Brandenburg an der Havel, auch dann, wenn der nasskalte Hagel in der zweiten Halbzeit bis zur fünften Sitzreihe schlägt. „Zug, Zug, Zug, Zug Eisenbahn, wer will mit nach Auschwitz fahren!!“ skandieren die jungen Männer auf den verblassten roten Sitzschalen stehend, dann „Keiner ist so schwarz wie Asamoah“ und „Juden raus!!“, später dann noch: „Wir sind rechtsradikal, das weißt du ganz genau!“ und „Arbeit mach frei - Babelsberg 03“,

neunzig Minuten lang. In der Pause ist Pause, auch für die „Ultras“. Die meisten dieser teilweise mit Sonnenbrillen und Basecaps verummten Hooligans von Viktoria Frankfurt gehören zum Umfeld der NPD-Oderland, des Kreisverbandes von Klaus Beier. Für diese Verbindung gibt es zahlreiche Beweise, Fotos und Zeugen.

**Es sind immer wieder dieselben Gesichter**

Es sind immer wieder dieselben Gesichter, die sich so zeigen - auch bei den Auswärtsspielen der Viktoria und bei Veranstaltungen, an denen die NPD beteiligt ist: Aufmärsche, Demonstrationen. Immer wieder tauchen sie auf, ob am Infostand der Partei vor dem Oderturm, einem Einkaufszentrum an der wichtigsten Kreuzung der Stadt, im oberfränkischen Wunsiedel, wo alljährlich ein Gedenken der Rechten an Rudolf Heß, den Stellvertreter Hitlers, stattfindet, oder in Berlin-Tegel, wo Ende Oktober einige hundert NPD-Anhänger vor der Justizvollzugsanstalt gegen die Inhaftierung ihres dort einsitzenden „Märtyrers“ Michael Regener protestierten, des Sängers der verbotenen rechtsextremen Kultband „Landser“ (heute „Die Lunikoff Verschwörung“).

„Die sind ja nicht mal Mitglied bei uns“, sagt der joviale weißhaarige Wolfgang Pohl in der Wildlederjacke und schaut seinen Besucher dabei so an, als sei das Problem mit dieser Feststellung erledigt. Pohl ist Präsident von Viktoria Frankfurt (Oder), Landtagsabgeordneter der SPD und ehemaliger Oberbürgermeister seiner Stadt, in der die NPD auch mit Hilfe ihrer Viktoria-Truppen ins Rathaus will. Für März wurde die Gründung eines NPD-Stadtverbandes angekündigt. Der Verein distanzierte sich jetzt öffentlich von den Neonazis auf der Tribüne.

Text: F.A.Z., 13.02.2007, Nr. 37 / Seite 3



## Verfassungsschutz Brandenburg:

Seit ihrem Einzug in den Sächsischen Landtag 2004 war die NPD bemüht, in ein weiteres Landesparlament einzuziehen. Nach Wahlschlägen in mehreren Bundesländern und bei der Bundestagswahl 2005 überwand sie bei der Landtagswahl 2006 in Mecklenburg-Vorpommern die 5%-Hürde. Doch überall, wo sie in Erscheinung tritt, verfolgt sie eine Strategie, zuerst in den Kommunen Fuß zu fassen und sich in der kommunalen Arbeit zu verankern.

In Brandenburg verfügt die NPD derzeit über drei Mandate in zwei Kreistagen - Oder Spree und Oberhavel - aber auch hier deutet sich an, dass der Landesverband seine Bemühungen um die Ausweitung seiner Mandate bei den Kommunalwahlen 2008 vorantreiben wird.

### Verbürgerlichungsstrategie

Diese Entwicklung ist mit großer Besorgnis zu sehen, denn gerade mit der kommunalen Verankerung und der „Verbürgerlichungsstrategie“ der NPD wird das Abschneiden der Partei in bei den Landtagswahlen in Sachsen 2004 erklärt. So gelang es der Partei, in der sächsischen Schweiz angesehene Bürger mit „Reputation“, u. a. einen Arzt und einen Fahrlehrer, als Sympathieträger zu gewinnen. Dieser - kürzlich im Straßenverkehr tödlich verunglückte - Fahrlehrer verfügte über gute Kontakte zu der verbotenen rechtsextremistischen Organisation „Skinheads Sächsische Schweiz“.

In Mecklenburg war ein angesehener Juwelier Spitzenkandidat der NPD. Hier hatte sich die Partei zunächst in örtlichen Bürgerinitiativen organisiert, aber auch bewusst in Kindergärten, Elternräten und Vereinen, um eine bürgerliche Fassade zu gewinnen. Bekannt wurde beispielsweise die Organisation „schöner und sicherer Wohnen“, die die NPD in Ueckermünde gründete. Ihr Ziel war es, Stimmung gegen ein Asylbewerberheim in der Stadt zu machen. In Berlin versuchte die NPD, sich an die Spitze von Protesten gegen den Bau

einer Moschee in Pankow zu setzen, um diese für ihre fremdenfeindliche Propaganda zu instrumentalisieren.

Auch in Brandenburg beabsichtigt die Partei, von dieser Strategie profitieren. Derzeit verfügt die NPD in Brandenburg allerdings noch über keine belastbaren Strukturen. Die ca. 200 Parteimitglieder sind regional in sehr unterschiedlich in Kreisverbänden organisiert. Eine organisatorische Umklammerung durch den Landesverband existiert praktisch nicht.

### Verankerung in den Regionen

Im Gegensatz zu Sachsen konnte die NPD in Brandenburg bisher weder örtliche Jugendszenen noch lokal bekannte und einflussreiche Persönlichkeiten in nennenswertem Umfang an sich binden. Der Landesvorsitzende ist ein hauptberuflicher Parteifunktionär, der als Bundespressesprecher der NPD arbeitet. Auf Ebene der Kreisverbände finden sich allerdings mitunter auch kleine Gewerbetreibende, Angestellte und ein Gymnasiast in den Vorständen.

Die kommunalen Mandatsträger der NPD sind in Brandenburg bisher kaum aufgefallen, und wenn doch, dann eher mit abgegriffenen und populistischen Themen. Anlässlich des Kriegsendes vor 60 Jahren verneinten sie z.B. lautstark die deutsche Kriegsschuld. Das Engagement der Fraktion Oder-Spree im Januar 2006 gegen die geplante Streichung von Pkw-Zulassungsstellen im Kreis zeigt aber, dass auch in Brandenburg regionale Themen von der NPD bearbeitet werden, um so auf Dauer eine Verankerung zu erreichen.

### Werbeaktionen

Es ist seit Anfang 2006 zu beobachten, dass die NPD versucht, mit Regionalthemen offensiver aufzutreten. Dazu nutzt sie in erster Linie ihre Internetforen, in denen verstärkt Veranstaltungen angekündigt und über Aktionen und Parteistrukturen informiert werden. So wird z.B. auf der

Internetseite des Kreisverbandes Oder-Spree ein Abgeordneter des Kreistages Oder-Spree präsentiert, der am 28. Mai am Frühjahrslauf 2006 in Fürstenwalde teilgenommen hat. Anfang Juli feierte die NPD ein Kinder- und Familienfest mit „Malwettbewerben, Hüpfburg, Tauziehen, Sackhüpfen, kostenfreier Verpflegung für die ‚Kleinen‘ . . . Aber auch die ‚Großen‘ wurden mit Kaffee, Bier- und Grillspezialitäten sowie anregenden Gesprächen verwöhnt und unterhalten“, so die Internetseite des NPD Kreisverbandes Oderland. Und kürzlich starteten Mitglieder des Kreisverbandes Oderlandes beim Radschirmützel in Storkow und präsentierten sich dabei offen mit NPD T-Shirt.

Auch in einem anderen Bereich rüstet die NPD in Brandenburg propagandistisch auf. Seit Anfang des Jahres existiert für die Landkreise Märkisch-Oderland und Oder-Spree die „Oderlandstimme“; die zur Verteilung für die Öffentlichkeit bestimmt ist. Ausgabe 2 der „Oderlandstimme“ steht unter der Überschrift: „Wer hat uns verraten? - Sozialdemokraten!“ und hetzt gegen die Politik der SPD in Brandenburg. Bemerkenswert ist dabei, dass die Parole in den 20er Jahren des 20. Jahrhunderts von Linksextremisten benutzt wurde, die der Sozialdemokratie vorwarfen, sich an

der Aufrichtung der Demokratie in der Weimarer Republik beteiligt zu haben.

Mit werbewirksamen Aktionen versucht die NPD, sich nicht nur einen „bürgerlichen“ Anstrich zu geben, sondern sich auch als Vertreterin der Interessen von Brandenburger Bürgerinnen und Bürger zu präsentieren, wobei ihr allerdings innovative Lösungsansätze völlig abgehen. Sie bietet nur überholte und rückwärtsge wandte Betrachtungen. Deshalb nimmt derzeit kaum jemand die Präsenz von NPD-Mitgliedern auf Veranstaltungen wahr. Auch auf dem von der Partei initiierten Veranstaltungen bleiben die Mitglieder weitgehend unter sich.

Trotzdem ist diese Entwicklung besorgniserregend, besteht doch die Gefahr, dass die NPD den öffentlichen Raum schleichend für sich einzunehmen versucht und damit auch ihr antidemokratisches und fremdenfeindliches Gedanken gut in die Kommunen und Landkreise verbreiten und die Atmosphäre im Land vergiften möchte.

(Verfassungsschutz Brandenburg)

<http://www.verfassungsschutz.brandenburg.de/cms/detail.php/lbm1.c.368948.de>

## **Oberhavel - ein Rückzugsraum**

### **Neonazis:**

In Brandenburgs Städten und Gemeinden leben etwa 1 300 gewaltbereite Rechtsextremisten, Skinheads, organisierte Neonazis sowie Funktionäre der rechtsextremen Parteien NPD und DVU.

### **Oberhavel:**

Gilt nicht als Schwerpunkt, aber als ein Rückzugsraum vor allem von Berliner Rechtsextremisten - auch, weil im Speckgürtel die Antifa nicht so aktiv ist wie in der Hauptstadt.

### **Partei:**

Im Vorjahr fand der NPD-Landesparteitag in der Nähe von Hohen Neuendorf statt, die Postfachadresse der Partei ist in Birkenwerder. Die Partei sucht eine Immobilie für ihre Zentrale im Speckgürtel.

Berliner Zeitung, 16.04.2007

## Vorsicht Nachbar

17.03.2007

Oberhavel An der Tür des Familienzentrums Hohen Neuendorf hängt ein Schlüsselanhänger, darauf der Schriftzug: "Kein Sex mit Nazis". Niemand hat etwas gehört von den politischen Aktivitäten der jungen Mutter aus der Nachbarschaft, die hier regelmäßig zu Gast ist. Kürzlich erst tauchte sie mit einem Foto in der Zeitung auf. Im Familienzentrum sollte sie künftig das monatliche Mütterfrühstück leiten.

Rückblick: Sotterhausen (Sachsen-Anhalt) im September vergangenen Jahres. Stella Palau verkündet als Pressesprecherin, dass sich mit dem "Ring Nationaler Frauen" (RNF) eine bundesweite Frauen-Organisation der rechtsextremen NPD gegründet hat. Aufgabe des RNF sei es, in der Öffentlichkeit auf die Anliegen weiblicher Nationalistinnen aufmerksam zu machen. Zudem wolle die Organisation Ansprechpartner für politisch interessierte Frauen sein und die Hemmschwellen, in die Partei einzutreten, abbauen.

In ihrer neuen Heimatstadt Hohen Neuendorf, wo Palau mit ihrem Mann Jörg Hähnel seit mehr als einem Jahr lebt, hat sie ihre politische Gesinnung geheim gehalten. Nun sind die Frauen im Familienzentrum schockiert, weil Palau ganz normal auftrat, im Bio-Laden einkauft und sich liebevoll um ihre Kinder kümmert, "so wie wir anderen Frauen auch". Der Träger des Zentrums, Kindervereinigung e.V., distanzierte sich gestern von der NPD-Politikerin.

Doch Palau ist nicht erst seit der Gründung des RNF in der rechtsextremen Szene bekannt. Sie hat den inzwischen aufgelösten "Skingirlfreundeskreis Deutschland" geleitet und ist in der "Gemeinschaft Deutscher Frauen" (GDF) aktiv. Zudem sitzt sie im Vorstand der Berliner NPD und seit November 2006 im Bundesvorstand der Partei, wo sie für das Referat Familie zuständig ist. In Oberhavel will sie politisch nicht aktiv werden, sagte die RNF-Sprecherin dieser Zeitung.

In der NPD-Postille "Deutsche Stimme" schreibt Palau über Kinder, Familie, Erziehung und gesunde Ernährung. Zudem beabsichtigt sie, ein eigenes Kinderbuch und eine Kinder-CD zu veröffentlichen. Die GDF gibt ein eigenes Heft für Kinder heraus, beschäftigt sich mit Erziehungstipps, lädt zum Mütterfrühstück, informiert über "germanische Medizin" und Biokost. Im Mittelpunkt steht die Frau und Mutter als Teil der nationalen Gemeinschaft.

Der Verfassungsschutz sieht durch das Beispiel Palau die neue Strategie der NPD bestätigt. Unter dem Deckmantel eines bürgerlichen Lebens sollen Wähler überzeugt werden, dass die NPD gar nicht so radikal sei wie in den Medien dargestellt. Sicherheitskreise beobachten die Strategie auch mit Blick auf die anstehenden Kommunalwahlen im kommenden Jahr mit Sorge. Denn in Mecklenburg-Vorpommern und in der Sächsischen Schweiz ist diese Taktik der Neonazis bereits aufgegangen. In Oberhavel und Ostprignitz-Ruppin stehen die Rechtsradikalen schon in den Startlöchern: "2006 ist die NPD im Kreis bei dem Bemühen, bestehende Vorurteile abzubauen, ein gutes Stück vorangekommen", teilte die NPD-Oberhavel im Februar mit. Im Altkreis Gransee sollen die Aktivitäten verstärkt und dem Kreisverband Prignitz-Ruppin soll beim Strukturaufbau geholfen werden. In Oberhavel hat die rechtsextreme Partei sogar eine Frauen- und Familienbeauftragte.

Für die Partei erfüllen Frauen vor allem einen Zweck: Sie sollen einen friedfertigen Rechtsextremismus vermitteln. Erklärtes Ziel der RNF ist deshalb, mehr Frauen in die Kommunalparlamente zu bringen. Daneben wirken Frauen in der rechtsextremen Szene auch als stabilisierend. Sie organisieren Konzerte, melden Aufmärsche an und arbeiten im Hintergrund.

Was noch viel gravierender ist: Sie werden für den Nachwuchs aktiv, nicht nur als Mütter, die ihre Kinder mit germanischen

Sagen und völkischen Liedern groß ziehen. So versucht das rechtsextreme Lager, Sozialpädagogen und Erzieher zu rekrutieren, heißt es bei Verfassungsschützern. Vermehrt lassen sich Neonazistinnen auch in diesen Berufen ausbilden. Zuweilen ist von einer Parallelwelt die Rede, die sich die Rechtsextremen aufbauen wollen, in der die Kinder von der Wiege bis zur Bahre eingebunden sind. Einmal in der Gemeinschaft, immer in der Gemeinschaft.

Ganze Familien sind bereits in der rechten Szenen organisiert - so in der "Heimatreuen Deutschen Jugend" (HDJ). Im Bericht des Berliner Verfassungsschutzes heißt es dazu: Das Lebensbündelkonzept solle verhindern, "dass ältere Mitglieder nach Familiengründung aus der rechtsextremistischen Szene ausscheiden". Die HDJ gilt als Nachfolgeorganisation der Mitte der 1990er Jahre verbotenen Wiking Jugend, deren letzter Bundesführer der Anwalt Wolfram Nahrath aus Birkenwerder war. Auch Stella Palau und ihr Ehemann Jörg Hähnel sind dort Mitglieder.

Im vergangenen Jahr sorgte die HDJ mit einem Kinder- und Jugendlager bei Detmold für Schlagzeilen. Die Zelte hatten eigene Namen, etwa "Führerbunker" oder "Germania", die Mädchen trugen Röcke, die Jungen Knickerbocker und Hemd. In der Szene soll es zum "guten Ton" gehören, die Kinder zur "ideologischen Erziehung und körperlichen Ertüchtigung" in die HDJ-Lager zu schicken, ganz in der Tradition der Hitlerjugend. Verstärkt ist die Organisation in Mecklenburg-Vorpommern aktiv geworden. Dass bereits Kinder in rechtsextreme Strukturen einführt und in Lagern geschult werden, müssen die Behörden tatenlos mit ansehen. Rechtlich dagegen vorgehen könne der Staat nicht, heißt es.

Hähnel trat erstmals Mitte der 1990er Jahre politisch in Erscheinung. In Frankfurt/Oder war er bei den Jungen Nationaldemokraten, der Jugendsparte der NPD, aktiv und stieg schnell im Landes- und Bundesverband auf. Inzwischen ist er im

Bundesvorstand der NPD angekommen und sitzt in der Bezirksverordnetenversammlung in Berlin-Lichtenberg. Er gilt als Bindeglied zwischen der Partei und den in so genannten Kameradschaften organisierten Rechtsradikalen.

GDF, RNF, HDJ - ein Bild fügt sich zusammen, mit Palau, Hähnel und Nahrath auch personell. So tragen GDF und HDJ jährlich den "Märkischen Kulturtag" aus, im Jahr 2006 in Blankenfelde, wo auch Nahrath vom Deutschen Rechtsbüro gesichtet wurde. Er gilt als gern gesehener Redner. Erst beim Landesparteitag der NPD in Sachsen am 4. März sprach er über den Mythos der Deutschen. Eine Zeitung titulierte ihn als "erbarmungslosen Szeneanwalt", der im Prozess um den in Guben 1999 zu Tode gehetzten Asylbewerber Omar ben Noui auftrat. Zuletzt ist er beim Amtsgericht Oranienburg mit der Bemerkung aufgefallen, dass "Neger" kein Schimpfwort sei.

Im nördlichen Speckgürtel tummelt sich noch weitere rechte Prominenz. So ist Thomas Salomon, Sprecher der NPD-Brandenburg, in Oberhavel ansässig. Ebenso Richard Miosga aus Hohen Neuendorf, unter dessen Namen das Postfach des Deutschen Rechtsbüros firmiert und der ebenfalls als Redner vor Rechtsextremen auftritt.

Das Deutsche Rechtsbüro gibt Neonazis Tipps, wie diese sich beim Umgang mit der Polizei und bei Hausdurchsuchungen verhalten sollen. Auch die im vergangenen Jahr auf Druck der Polizei aufgelöste rechte Gruppe "Sturm Oranienburg" hatte die Rechtshilfetipps auf ihre Internetseite gestellt. Gegen die Mitglieder ermittelte die Polizei wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz samt Uniformierungsverbot. Die Anklage steht noch aus. Doch das Beispiel Palau zeigt: Gefährlicher als die jungen Rechtsradikalen sind zuweilen die netten Nachbarn.

Quelle: Oranienburger Generalanzeiger

## **Die Kommunalwahlen 2008 im Visier**

Auf der Jahreshauptversammlung der NPD-Oberhavel heute in Oranienburg zogen die Nationaldemokraten die Bilanz für 2006. Aufbauhilfe im Nachbarkreis Barnim, Wahlhilfe in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin sowie der weitere Ausbau der eigenen Verbandsstrukturen prägten die Arbeit.

2007 stehe die Vorbereitung der Kommunalwahlen im Folgejahr im Zentrum der politischen Arbeit, so Kreisvorsitzender Detlef Appel. Er sagte auch dem Vorsitzenden des NPD-Kreisverbandes Prignitz-Ruppin, Peter Börs, Hilfe beim Strukturaufbau im Raum Ostprignitz zu. Börs, der eigens von Perleberg nach Oranienburg gekommen war, berichtete von der anhaltenden Phantomdiskussion um ein angebl. NPD-Zentrum in Kleinow.

Obwohl die NPD und der in Gespräch gebrachte Anwalt Rieger mehrfach erklärten, das Objekt weder zu kennen noch erwerben zu wollen, demonstrierten örtliche Politik und Presse Autismus in der Praxis und redeten wider besseres Wissen von einer weiter bestehenden „Gefahr“.

Detlef Appel faßte die Essenz seines Rechenschaftsberichtes in die Worte: 2006 ist die NPD im Kreis bei dem Bemühen, bestehende Vorurteile abzubauen, ein gutes Stück vorangekommen. In der Aussprache erinnerte die Vorsitzende des Ortsbereichs Zehdenick-Gransee, Kerstin Michaelis, an die 2006 erklärte Absicht, im Nordkreis mehr Aktivitäten zu entfalten; dies müsse im wahlfreien Jahr 2007 verstärkt geschehen.

Bei der Vorstandsneuwahl wurden Detlef Appel als Kreisvorsitzender und Th. Salomon als Stellvertreter bestätigt. Lore Lierse, langjährige Ratsfrau aus Mühlenbeck, wurde ebenfalls zur stellv. Kreisvorsitzenden gewählt.

Ihr obliegt die zentrale Planung und Koordination der Kommunalwahlkampfes der NPD. Bei der Beisitzerwahl gab es kaum Veränderungen.

Der Antrag des NPD-Stadtverbandes Oranienburg, eine Beschwerde (gem. § 67 der Landkreisordnung) bei der Kommunalaufsicht des Landesministeriums des Innern wegen des gezielten Ignorierens der Wortmeldung des NPD-Abgeordneten Popiela auf der letzten Kreistagssitzung einzureichen, wurde einhellig gebilligt. Hier müsse, so Lore Lierse, den Anfängen gewehrt werden. In seinem Schlußwort betonte Kreisvorsitzender Appel, daß der „Kampf gegen rechts“, der immer verbissener geführt werde, bisher nur zur Stärkung der NPD beigetragen habe; daran werde sich auch 2007 sicher nichts ändern. Die NPD-Oberhavel werde solche Aktivitäten daher nicht behindern, allerdings von Fall zu Fall dokumentieren und kommentieren.

Birkenwerder, den 11.2.2007

Thomas Salomon

Pressesprecher KV Oberhavel

## Ex-Terrorist schult NPD

14.03.2007

(DasG.)Die Brandenburger NPD brüstet sich auf ihrer Website mit einer zunächst harmlos klingenden Information. Am ersten Märzwochenende habe ein Schulungswochenende "in Brandenburg" stattgefunden. Ein kurzer Blick auf die Vita der Referenten zeigt jedoch, dass wohl nicht die auf der Seite genannten Themen für Brandenburger Jungnazis interessant waren. Denn so bieder die Brandenburger Nationaldemokraten nach Außen tun, nach Innen wird der Schulterchluss mit der militanten bis rechts-terroristischen Szene gesucht.

Peter Naumann, parlamentarischer Berater der sächsischen NPD-Landtagsfraktion, hielt einen Vortrag mit dem Titel: „Märtyrer sterben nicht - Nürnberg 1946 – Großdeutschland am Galgen“. Die Geschichte der NS-Täter ist ein Stück weit auch Lebensgeschichte von Naumann. Gegen den ehemaligen Rechtsterrorist wurde in den 80er Jahren ermittelt, weil er die Befreiung des im Nürnberger Prozess verurteilten Rudolf Hess plante. Aber auch sonst waren Naumanns Argumente oft im wörtlichen Sinne "explosiv". In den 70er Jahren verübte Naumann mehrere Sprengstoffanschläge. Ziele waren unter Anderem eine Denkmalanlage in Italien, die an zivile Opfer der SS erinnerte oder einige Jahre später zwei Fernsehsendemasten. Seine Absicht war es die Ausstrahlung der Fernsehserie "Holocaust - Die Geschichte der Familie Weiß" zu verhindern.

Eckhart Bräuniger, Berliner Landesvorsitzende der NPD, sprach über "4000 Jahre heldenhafter deutscher Geschichte". Das mag lustig oder kurios klingen, gruselig wird es, wenn man Eckart Bräunigers eigene Geschichte kennt. Denn bekannt ist er weniger für seine historischen Kenntnisse, sondern eher für seine "schlagkräftigen" Argumente. Der ehemalige Kroatiensöldner war nicht nur an verschiedenen Überfällen auf politische Gegner in Berlin beteiligt, sondern wurde vor drei

Jahren bei Wehrsportübungen im brandenburgischen Wald festgenommen.

Die weiteren Vorträge dienten, wenn man der NPD glauben darf, vor allem der rhetorischen Schulung der Teilnehmer. So wurde die "Wortergreifungsstrategie" vorgestellt, die darin besteht Veranstaltungen des politischen Gegners durch gezielte Provokationen zu sprengen.

Ein Fazit lässt sich sicher aus den Informationen über das Schulungswochenende der Brandenburger NPD ziehen. Organisatorisch ist man nach wie vor auf die Hilfe von außen angewiesen. Der überwiegende Anteil der erwähnten Referenten kommt aus anderen Bundesländern. Das liegt sicher nicht daran, dass es in Brandenburg nicht genug Nazis gäbe, sondern daran, dass die Meisten weder Willens noch in der Lage sind einen Vortrag oder einen Workshop zu organisieren. Die gezielte Einladung von Ex-Söldnern und ehemaligen Rechtsterroristen zeigt die Gefährlichkeit der Mischung. Wichtiger als der Unfug von "4000 Jahren heldenhafter deutscher Geschichte", den auch ein Eckart Bräuniger selbst kaum ernsthaft glauben wird, sind die Netzwerke die hier aufgebaut werden.

Den Kampf für ein Deutschland in den Grenzen von 1993 v. Chr. sollte sich die Linke nicht von Nazis nehmen lassen.

Quelle:Infort

## Einmal im Jahr öffentlich

### Kreistag will sich regelmäßig mit Tendenzen des Rechtsextremismus' beschäftigen

NEURUPPIN Der Kreistag will sich einmal im Jahr mit Rechtsextremismus beschäftigen. Zudem soll diese Beratung öffentlich sein, informierte gestern Landrat Christian Gilde. Offen sei, ob es dabei eine Debatte oder allein einen Fachvortrag zu neuen Tendenzen geben wird. Bisher hatte der Kreistag zweimal zu internen Klausuren über den Rechtsextremismus eingeladen.

So berieten am Montagabend in Neuruppin knapp 20 Abgeordnete darüber, wie man den neuen Aktivitäten der NPD begegnen könne. Zunächst hatte Nicola Scuteri vom Mobilien Beratungsteam einen Überblick über die rechtsextreme Szene gegeben. "Dadurch konnten wir gleich qualifiziert ins Gespräch kommen", so Landrat Gilde. Die Abgeordneten berieten

gut eine Stunde in einer Art "Café des demokratischen Gemeinwesens": Dazu gab es an fünf Tischen verschiedene Schwerpunkte, wie Demokratie, Politik, Werte, Wissen.

Darüber hinaus ging es am Montagabend auch um mehr Transparenz im Kreistag. Dazu sollen im Zuhörerbereich die Tagesordnung sowie die schriftlichen Antworten auf Fragen von Bürgern und Abgeordneten ausgelegt werden. Der Kreis will damit zu einer demokratischen Streitkultur beitragen. av

Märkische Allgemeine Zeitung, 09. Mai 2007

## Rechtsextremismus: Ursachen und Gegenstrategien

von Prof. Dr. Albert Scherr

1.  
Der aktuelle Rechtsextremismus ist nicht als Wiederbelebung des historischen Nationalsozialismus verständlich, trotz aller Rückgriffe auf dessen Symbolik und Ideologie. Vielmehr handelt es sich um ein spezifisches Deutungs- und Handlungsangebot im Kontext des krisenhaften Modernisierungsprozesses der Gegenwartsgesellschaft. Der ideologische Kern des aktuellen Rechtsextremismus besteht in der Vorstellung, Einwanderung bzw. Einwanderer seien die zentrale Ursache von Arbeitslosigkeit, der Krise des Sozialstaates sowie von Problemen der kollektiven Identitätsbestimmung. Darauf bezogen wird die Herstellung einer nationalstaatlichen politischen Ordnung gefordert, die die wirtschaftlichen Interessen der Deutschen qua Abstammung und Kultur ohne Rücksicht auf menschenrechtliche Prinzipien durchsetzt. Migration wird darüber hinaus auch als Verunreinigung der nationalen Kultur abgelehnt. Diesen Überfremdungsdiskurs verbindet das rechtsextreme Denken mit anderen Dimensionen eines

angenommenen Ordnungszerfalls. Die rechtsextreme Kritik des Ordnungszerfalls trägt antimodernistische Züge und wendet sich gegen die gesellschaftlichen Demokratisierungs-, Emanzipations- und Liberalisierungsprozesse, die sich seit dem Ende der sechziger Jahre entwickelt haben. So werden etwa die Reform des Strafrechts, die Legalisierung der Homosexualität, die Infragestellung der alten Geschlechterordnung, der Abschied von der autoritären Erziehung und die Kritik der militärischen Gewalt als Elemente einer Veränderungsdynamik wahrgenommen, die es rückgängig zu machen gilt.

2.

Fragt man danach, was den unterschiedlichen Formen des Rechtspopulismus und Rechtsextremismus Resonanz verschafft, stößt man auf ein komplexes Bedingungsgefüge. Es gibt nicht eine singuläre Ursache, an der Gegenstrategien ansetzen könnten. Von maßgeblicher Bedeutung sind aber vor allem drei Aspekte:

- Erstens die immer noch nicht vollzogene Anerkennung der Tatsache, dass Deutschland eine Einwanderungsgesellschaft ist. Damit verbunden ist die anhaltende politische, rechtliche und ökonomische Diskriminierung von Migranten. Dieser "ganz normalen" und legalen Ungleichbehandlung liegt ein instrumentelles Verhältnis zu Nicht-Deutschen zu Grunde: Migranten werden unter dem Gesichtspunkt gewertet, ob sie nützlich oder schädlich für das eigene Wohlergehen sind. Diese Ideen bilden den Hintergrund der Darstellung von Migranten als "bedrohliche Fremde", vor denen "wir" uns schützen müssen.

- Zweitens finden rechtspopulistische und rechtsextreme Politikangebote verstärkt Resonanz bei denjenigen, die sich als tatsächliche oder potentielle Verlierer einer ökonomischen Entwicklung wahrnehmen, in der die manuelle Arbeit zunehmend entwertet und höhere Qualifikationen zunehmend zur Mindestbedingung beruflicher Karrieren werden. Vor diesem Hintergrund versucht die extreme Rechte, sich als die Interessenvertretung der "einfachen Leute" gegen die akademisch gebildeten Mittelschichten und die Eliten des globalen Kapitalismus darzustellen.

- Hinzuweisen ist drittens auf die immer noch nicht überwundene Vorstellung, dass Nationen quasinatürliche Gemeinschaften von Individuen gleicher Abstammung und Kultur seien. Ein solcher Kultur- und

Abstammungsnationalismus, der weit in die Mitte der Gesellschaft hineinreicht, bildet die Grundlage für rechteextreme Forderungen nach der Wiedererrichtung einer

homogenen Nation und ist anschlussfähig für kulturrassistische Ideologeme.

3.

Es genügt darauf bezogen nicht, solche Gegenstrategien zu realisieren, die kurzfristig angelegt sind und auf die offenkundigen Erscheinungsformen, den subkulturellen Rechtsextremismus Jugendlicher und die fremdenfeindliche Gewalt, ausgerichtet sind. Zwar sind Projekte der Jugendarbeit mit rechten Jugendszenen ebenso unverzichtbar wie Beratungs- und Unterstützungsangebote für Gewaltopfer. Diese müssen nachhaltig angelegt, das heißt mit langfristigen Förderungszusagen ausgestattet und wissenschaftlich begleitet werden. Darüber hinaus ist eine Stärkung der zivilgesellschaftlichen Gegenkultur ebenso unverzichtbar wie die Etablierung einer konsequenten Antidiskriminierungspolitik. Erforderlich ist weiter der Auf- und Ausbau einer schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit, die alle Kinder und Jugendlichen auf das Zusammenleben in einer Einwanderungsgesellschaft vorbereitet. Hierzu bedarf es nicht zuletzt einer solchen umfassenden Schulreform, die sich konsequent an den Grundsätzen einer Antidiskriminierungspolitik, der demokratischen Erziehung sowie einer Pädagogik der Menschenrechte und des Antirassismus orientiert. Verzichtbar ist dagegen eine naive interkulturelle Pädagogik, die darauf setzt, dass bereits das Kennenlernen der schönen Seiten anderer Kulturen ausreicht, um gegen Konflikte und Gewalt vorzugehen.

Quelle: mut-gegen-rechte-gewalt.de

**Impressum:**

**Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit**

Geschäftsstelle im Ministerium für Bildung, Jugend und Sport

Heinrich-Mann-Allee 107

14473 Potsdam

Tel. (0331)866-3570 Fax (0331)866-3574

E-Mail: aktionsbuendnis@mbjs.brandenburg.de [www.aktionsbuendnis.brandenburg.de](http://www.aktionsbuendnis.brandenburg.de)